



Lava-Abbau in der Vulkaneifel: Zu viel Wirtschaft und zu wenig Grün

WESTEND61 RM / VARIO IMAGES

RHEINLAND-PFALZ

## Platt und platter

In der Eifel fürchten Bürger, dass einzigartige Vulkane von Rohstoffunternehmen abgetragen werden. Die Wut richtet sich auch gegen die Grünen in der Landesregierung.

Der Goßberg zum Beispiel war mal ein markantes Exemplar: symmetrischer Kegel, sanft abfallende, bewaldete Flanken. „Ein Vulkan wie aus dem Bilderbuch“, sagt Hartmut Schmidt, 62, und hält zum Beweis ein Schwarzweißfoto aus dem Jahr 1936 hoch. Dann dreht sich Schmidt um und deutet auf das, was vom Goßberg heute übrig ist: eine platte Anhöhe, in deren Mitte ein trauriges Loch aus grauem Gestein klafft. „Zwei Drittel des Vulkans sind schon weg“, sagt Schmidt. „Und den Rest werden die Bagger früher oder später auch noch abräumen.“

Schmidt, ein pensionierter Landvermesser, ist vor Jahrzehnten in den Nordwesten von Rheinland-Pfalz gezogen. Er kam in eine dünnbesiedelte Gegend, die damals schlicht „Landkreis Daun“ hieß

und heute, in Erinnerung an ihre geologische Besonderheit, den stolzen Namen „Vulkaneifel“ trägt. Bis vor etwa 11 000 Jahren sprudelten hier glühende Lavaströme aus der Erde und bildeten die Basis für eine in Deutschland einzigartige Landschaft mit tiefblauen Kraterseen und imposanten Hügelketten aus Basalt, Bims und Lavagestein.

Heute ist Schmidt Sprecher der „Interessengemeinschaft Eifelvulkane“ und teilt mit vielen Eifel-Bewohnern und Naturschutzverbänden eine Furcht: dass in einigen Jahrzehnten nicht mehr viel übrig sein könnte von der vulkanischen Pracht.

Gewaltige Bagger und Planierraupen verschiedener Bau- und Rohstofffirmen haben sich an drei Dutzend Stellen schon tief in die Vulkanlandschaft hineingefräst, um Basalt und Lava für den Baumaterial-

markt herauszubringen. Und das könnte erst der Anfang sein.

Denn die rot-grüne Landesregierung in Mainz hat seit Jahren einen Plan zur „Rohstoffsicherung“ in der Schublade, nach dem sich die reservierten Flächen für den Abbau von Basalt und Lava in der Eifel verfünffachen würden. Statt rund 400 Hektar, die derzeit als Abbaufläche zur Verfügung stehen, könnten in Zukunft mehr als 2000 Hektar Vulkanlandschaft in riesige Steinbrüche und Erdlöcher verwandelt werden. Hinzu kämen weitere 800 Hektar, die für den Kalkabbau vorgesehen werden sollen. „Eine Realisierung dieser Planung würde das einmalige Landschaftsbild der Vulkaneifel vollkommen zerstören“, warnte eine Arbeitsgemeinschaft mehrerer Naturschutzverbände wie BUND und Nabu bereits Ende 2011.

Seitdem rumort es in der Eifel wieder, aber nicht unter der Erde. Hartmut Schmidt und seine Mitstreiter in der Interessengemeinschaft Eifelvulkane haben nach eigenen Angaben schon mehr als 10 000 Unterschriften gegen die Pläne gesammelt. Lokalpolitiker und der Kreistag verlangen parteiübergreifend einen schonenderen Umgang mit der vulkanischen Landschaft. Und auch Teile der Wirtschaft protestieren: Die örtliche Touris-

mus GmbH fürchtet zum Beispiel, dass zahlende Gäste wegbleiben könnten, wenn immer mehr Vulkane plattgemacht werden.

Eine Quelle der Mineralwasserindustrie der Region könnte sogar ganz versiegen: Die Nürburg-Quelle etwa entspringe direkt in einem erloschenen Krater am Fuße des Döhmberg-Vulkans neben seinem Betrieb, sagt Hermann Kreuter, 52. Der Besitzer des Heil- und Mineralwasserbrunnens mit rund 120 Mitarbeitern kann „nicht nachvollziehen“, dass der kegelförmige Berg in den Plänen des Landes als potentielle Abbaufäche für Lava gehandelt wird. „Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass man ein so wertvolles Wasserreservoir einfach wegbaggern darf“, sagt Kreuter.

Enttäuscht sind viele Eifelbewohner von den Grünen, die sie früher zu ihren engsten Verbündeten beim Schutz der Vulkane zählten. Doch jetzt ist die Öko-Partei Juniorpartner der Sozialdemokraten in der Mainzer Regierung – und offenbar kaum noch auf Vulkanschutz aus. Vor der Landtagswahl im März 2011 hatte die damalige Grünen-Spitzenkandidatin Eveline Lemke eindringlich vor einer „Entstellung der Landschaft“ und „verheerenden Folgen“ gewarnt, falls die Abbaugelände für Basalt und Lava massiv ausgeweitet würden.

Seit zwei Jahren ist Lemke nun in Mainz Ministerin für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – und damit unmittelbar zuständig für das erklärte Ziel ihrer Partei, Ökologie und Ökonomie miteinander zu versöhnen. In der Praxis fällt ihr das schwerer als gedacht; vor allem, weil sie nun Kompromisse machen muss, die aus der Sicht ihrer einstigen Unterstützer zu viel Wirtschaft und zu

wenig Grün enthalten, nicht nur im Fall Vulkaneifel.

Schon wenige Wochen nach der Wahl musste Lemke im Frühjahr 2011 gegenüber Naturschützern kleinlaut eingestehen, dass der ehemals von ihr bekämpfte Bau einer gut 1,5 Kilometer langen, 160 Meter hohen Straßenbrücke über das idyllische Moseltal nun doch nicht gestoppt werde. Dann warfen Naturschutzverbände der Ministerin vor, den Bau von Windrädern auch in sensiblen landschaftlichen Gebieten wie dem Pfälzerwald ermöglicht zu haben. Und erst vor kurzem haben sich SPD und Grüne in der Mainzer Landesregierung auch noch darauf geeinigt, die ursprünglich von den Grünen vehement abgelehnte Autobahn A1 in der Eifel in Richtung Nordrhein-Westfalen weiterzubauen.

„Die Grünen in der Regierung tun inzwischen offenbar alles, um an der Macht zu bleiben“, schimpft Norbert Leinung vom Umweltverband BUND in der Vulkaneifel. Das Vertrauen sei dahin, die Wirtschaft gewinne zu häufig.

Auch beim Lava-Abbau geht es ums Geschäft. Die örtlichen Rohstoffunternehmen verweisen auf bundesweit einmalige Bedingungen des Baumaterial-Tagebaus in der Eifel: Anders als in den älteren deutschen Vulkangebieten wie dem hessischen Vogelsberg oder der Rhön finde sich in der geologisch jungen Eifel jede Menge lockeres Bims- oder Tuffgestein, das sich hervorragend als Dämmstoff oder wasserspeichernder Bodenverbesserer eigne.

Der größte Teil der vulkanischen Gesteine aus der Eifel landet allerdings nicht in Blumenerde, sondern in der Zementindustrie oder als verdichteter Schotter unter den Asphaltdecken der Straßen. Dafür sei die Lava eigentlich viel zu kostbar, räumt Harald Ehes ein, der Leiter des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Geologie und Bergbau.

Es gebe genug alten Bauschutt, den man für den Straßenunterbau aufbereiten könne. Das sei allerdings deutlich teurer, als mit großen Maschinen lastwagenweise bröckelige Lava abzubauen – jedenfalls solange das Bauschutt-Recycling nicht energisch von der Politik gefördert werde.

Darauf jedoch warten die Eifelbewohner bisher vergebens: „Die Ministerin hat die Ausweitung der Abbaugelände bis heute nicht gestoppt“, sagt Hartmut Schmidt von der Interessengemeinschaft Eifelvulkane. „In ihren Antworten auf unsere Briefe eiert die Ministerin nur herum.“ Sie verweise vage auf Bundesratsinitiativen, mit denen die rechtliche Position des Naturschutzes gegenüber dem Bergbau irgendwann einmal gestärkt werden solle.

Lemke sagt, sie habe „großes Verständnis für die Perspektive solcher lokalen Initiativen“. Im Moment bestehe aus ihrer Sicht keine konkrete Gefahr, denn die Rohstoffunternehmen kämen mit den derzeitigen Flächen noch gut aus. Die 2000 Hektar sollten „der Sicherung von Rohstoffen für künftige Generationen“ dienen, zum Beispiel um eine Überbauung der Lavaflächen zu verhindern, heißt es in Lemkes Ministerium. Erst wenn ein Unternehmen den Abbau eines weiteren Lavafeldes beantrage, könne man im Einzelfall entscheiden, ob das Vorhaben erlaubt werde oder ob andere wichtige Gründe wie der Grundwasserschutz dagegen sprechen.

Die Vulkanschützer in der Eifel überzeugt das nicht. „Das alte Bergrecht räumt den Unternehmen eine so starke rechtliche Stellung ein, dass die Genehmigung kaum untersagt werden kann, wenn die Unternehmen wirtschaftliche Gründe anführen“, meint BUND-Aktivist Leinung.

Umweltverbände und Bürgerinitiativen fordern deshalb von Lemke, dass die Vulkanlandschaft in der Eifel baldmöglichst unter Schutz gestellt wird, damit über die bereits im Grundsatz genehmigten 400 Hektar hinaus kein weiteres Basalt- und Lava-Abbaugelände mehr ausgewiesen werden kann. Denn wenn ein Berg erst einmal abgetragen wurde, sei es zu spät, sagt Leinung: „Die Dinger wachsen nicht mehr nach.“

MATTHIAS BARTSCH



Ministerin Lemke

FREDEK VON ERICHSEN / DPA

## Erstarrter Feuerberg

Schnitt durch einen typischen Eifelvulkan

